

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postkassenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltenne Zeitspaltzeile 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Eingekauft und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

St. 4

Donnerstag den 6. Januar 1921

87. Jahrgang

Der Unterricht an der Städtischen Handels- und Gewerbeschule beginnt erst am Montag, den 10. Januar.

Geschäft, Bismarckplatz, bewirkt werden. Dasselbe kann auch Befähigung der Sachen stattfinden. Preisverzeichnis hängt im Rathaus aus. Dippoldiswalde, am 4. Januar 1921. Der Stadtrat.

Oberkleider für Winderbemittelte

sind wieder eingetroffen bez. zu erwarten. Bestellungen müssen umgehend im Leiblichen

Drucksachen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. In einer ordentlichen Hauptversammlung vor dem Weihnachtsfeste und einer außerordentlichen Hauptversammlung am gestrigen Dienstage erledigte der Stenographenverein „Gabelberger“ die in Folge Sachungsberatungen diesmal sehr umfangreichen Abschlussgeschäfte für 52. Geschäftsjahr. Der vom stellvert. Vorsitzenden Herrn Oskar Heerlich erstattete Jahresbericht sowie die vorliegenden Kursumsätze sprachen von viel Arbeit, der besonders in letzterem nicht immer der rechte Lohn gefolgt war. Es wird in unserer schülerlosen Jugend (Jünglingen wie Jungfrauen) immer noch zu wenig erkannt, wie wichtig für alle die Kenntnis der Stenographie ist und wie nötig sie diese oft in späteren Tagen gebrauchen könnten, um ihrem Vollen voll genügen oder sich eine besser bezahlte Stellung erwerben zu können. Der Kassensbericht, erstattet von Herrn Hahner, zeigt einen günstigen Abschluss. Die Rechnungspräsident, Herr Polizeioberwachmeister Burkhardt und Herr Teichert, hatten bis zur außerordentlichen Hauptversammlung die Rechnung geprüft und für richtig befunden, sodass dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Bei den Wahlen des Gesamtvorstandes wurden die Herren Buchdruckereibesitzer Felix Jehne als Vorsitzender, Oskar Heerlich als dessen Stellvertreter, Hahner als Kassierer und Fritz Jungnickel als Bibliothekar wieder, Schierich als Schriftführer neugewählt. Zu Kurjalatoren wurden bestimmt die Herren Oskar Heerlich, Börner und Fritz Jungnickel. Längere Zeit beanspruchten Verhandlungen innerer Angelegenheiten und die Sachungsberatungen. In nächster Woche wird der Stenographenverein in allen Kurien seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Möge ihm auch im neuen Geschäftsjahre Erfolg bei seiner Arbeit beschieden sein.

Am 1. Januar 1921 wurden in der Stadt Dippoldiswalde 46 Vollerwerbstätige und 104 Kurzarbeiter gezählt.

Da die Räume der Volksschule erst am Tage des Schulbeginns, dem 10. Januar, benutzt werden können, beginnt auch der Unterricht der städtischen Handels- und Gewerbeschule erst an diesem Tage.

Das Programm der Stern-Lichtspiele steht für Donnerstagabend einen Sensationsfilm „Der Januslopf“ und ein Lustspiel „Ein hässlicher Mann wird gesucht“ vor. Eine Naturaufnahme wird außerdem gezeigt werden.

Die Maul- und Klauenseuche ist in dem letzten Halbjahr innerhalb Sachsens erneut zurückgegangen. Während sie am 15. Dezember in 1752 Gemeinden mit 8472 Geflüchten erkrankt, herrschte sie am 31. Dezember nur noch in 1211 Gemeinden mit 5471 Geflüchten. — Für den Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde sind die entsprechenden Zahlen 41, 212 und 38, 131.

Das Heu neu Jahr am 6. Januar, Epiphantien- oder Erscheinungsfest, ist zwar kirchlich keines staatlichen Schutzes als Feiertag beantragt worden, besteht aber als kirchlicher Feiertag weiter. Für uns ist das ein Neues, während es in anderen Gegenden mehrfach vorkommt. In konfessionell gemischten Gegenden begehen die Katholiken ihre Sonderfeiertage, unbestimmt, ob es ein staatlich geschützter Feiertag oder ein Werk- und Arbeitstag ist; und sie gehen in ihre Gotteshäuser, oft in Scharen, von weit her. Für unsere lutherische Mission war das Epiphantienfest zugleich der jährliche Missionsfeiertag in der ganzen Landeskirche. In kurzerhand zu befehligen, ohne Zeit zu etwazem Erfolg zu lassen, wird von den Missionsfreunden als eine Rücksichtslosigkeit empfunden. Wärdten diese um so mehr sich veranlaßt fühlen, ihren Missionsfeiertag auch diesmal in allgewohnter Weise zu begehen und dabei zugleich ihre Missionsgabe zur Kollekte beizusteuern. Unsere Mission bedarf unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart dringend der Unterstützung durch reiche Gaben und der Stärkung teilnehmender, aufrichtiger Freunde, die ihre Treue nicht doppelt beweisen. — Der Kinder-gottesdienst der 2. Abteilung findet am Erscheinungsfest um 11 Uhr, diesmal nicht im Fabrikpaul der Firma Reichel, sondern in der Kirche statt.

Hirschbach. Für ältere Leute und Konfirmanden hat an Weihnachten der Wohltätigkeitsverein Sächsischer Freischule, Zweigverein Reinhardtsgymnasia für Hirschbach 120 Mk. und für Reinhardtsgymnasia 200 Mk. gespendet.

Schmiedeberg. Bei der diesigen Gemeindeverbands-

Sparkasse wurden im Monat Dezember 1920 312 Einzahlungen im Betrage von 50303 Mk. 98 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 176 Rückzahlungen im Betrage von 83880 Mk. 17 Pf.

Hermsdorf (Ergg.). Am vergangenen Sonntag führte neudeutsche Jugend aus Dresden unter der Leitung des Schriftstellers Alfred Ram in Hiesiger Kirche ein wunderbar schönes Weihnachtsspiel auf. Das 600 Sitzplätze umfassende Gotteshaus war dicht gefüllt, als die Spieler unter dem Gesänge eines Weihnachtsliedes einzogen. Voran zog eine Schar weißgekleideter junger Mädchen, die die Engelschöre darstellten und mit ihren lieblichen Gesängen das Spiel begleiteten. Die einzelnen Handlungen des von Bernhard Schnelzer bearbeiteten Stüdes zeigten in wunderbaren Bildern und Gesprächen die Hirten auf dem Felde und bei Maria und Joseph im Stalle zu Bethlehem, ferner die heiligen 3 Könige bei Herodes und zuletzt auch an der Krippe des Christkinds. Unter Gesang zogen die Spieler wieder ab, den letzten Eindruck hinterlassend; denn wohl noch keine Weihnachtsspiele hatte soviel Licht und geistige Freude in alle Herzen getragen wie die ihrige. Die am Ausgange der Kirche gesammelte Kollekte ergab 255 Mk. Noch lange wird man hier des edlen Strebens der neudeutschen Dresdner Jugend gedenken.

Wittenberg. Am Sonntag früh verschied im Alter von 71 Jahren ein um das öffentliche Leben unserer Stadt hochverdienter Bürger, Färbermeister und Schnitwarenändler Krause, der als Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr dem Korps 40 Jahre als Kommandant und zuletzt als Ehrenkommandant angehört hat und jahrelang unser Gemeinde als städtischer Branddirektor treu gedient hat.

Geising. Dem Bergmann Joseph Raul ist am 15. Dezember 1920 das Schließliche Bewährungsabzeichen (Schließ. Abz.) 2. Stufe, für Arbeit in der Volksabstimmung verliehen worden.

Dresden plant eine städtische Gewerbesteuer ähnlich wie Leipzig und Chemnitz. Da die Gewerbesteuer ab 1. April 1921 durch Landesgesetz für den Staat in Anspruch genommen werden soll, ist nur mit einem einmaligen Ertrag zu rechnen. Man will in Dresden den Mietwert der gewerblichen Räume zugrunde legen und zwar in der Regel in Höhe von zehn v. H. desjenigen Betrages, den die Gewerbetreibenden am 15. November 1920 als Mietwert der gewerblichen Räume selbst angegeben haben.

Das sächsische Kultusministerium gibt in einer Verordnung bekannt, daß es auf die nachhaltige Durchführung der Bestimmung der Reichsverfassung, daß Staatsbürgerkunde ein Lehrfach der Schulen werde, besonderen Wert lege. Frühzeitig sei in den Schülern das Bewußtsein davon zu werden, daß sie Angehörige einer Gemeinschaft sind, die ihnen solche Rechte darbiete und gewährleiste, die aber dafür von ihnen entsprechende Opfer an Gemeinnutzen und Pflichttreue verlange. Unsere Zeit bedürfe in besonders hohem Maße einer Stärkung des Verantwortungsbegriffs der Gemeinschaft dem Staate gegenüber. Von parteipolitischen Auseinandersetzungen sei die Schule freizuhalten. Für die Gestaltung des staatsbürgerkundlichen Unterrichts in den einzelnen Schul-gattungen sollten Pläne bearbeitet werden. Die dazu beauftragten Organisationsstellen wolle dem Ministerium Vorschläge unterbreiten.

Blischowsberga. Die Lage der städtischen Finanzen ist so günstig, daß die Stadt voraussichtlich das reichs-einkommensfreie Einkommen nicht mit Zuschlägen für die Gemeinde zu belegen braucht.

Meerane. Aus Gähnik wird berichtet, daß dort kürzlich ein Geschir angehalten wurde, auf dem eine güdhere Menge Rindfleisch nach Sachsen ausgeführt werden sollte. Die Besitzer des Geschirrs widersetzten sich den polizeilichen Anordnungen, schlugen sogar mit der Peitsche nach den Beamten. Während nun auf der Polizei der eine Beamte zur Nachprüfung der Angelegenheit ein anderes Zimmer aufsuchen mußte, waren beide Personen mit Geschir und Fleisch verschwunden. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben ergeben, daß zwei Kinder nach Meerane verschoben worden waren.

Kuerbach. Das Stadtverordnetenkollegium wählte in geheimer Sitzung mit 11 sozialdemokratischen Stimmen den mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Castan-Chemnitz

zum befohlenen Stadtrat von Kuerbach anstelle des zum Bürgermeister von Schneeberg gewählten bisherigen Stadtrates Dr. Riesberg.

Müssen St. Jacob. Benennungswert im Bezug auf die Wohnungsnot dürfte die hiesige Gemeinde sein. Nachdem der Verein zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen für 1921 wieder 2 1/2 Millionen Mk. Baugelder bewilligt hat, kommt zu den im vergangenen Herbst errichteten 31 Familien die gleiche Anzahl, so daß die Wohnungsnot nach Fertigstellung dieser Häuser im hiesigen Orte behoben sein dürfte.

Zur Hebung der Geflügelzucht in Sachsen.

Die Hebung der Geflügelzucht in Sachsen wird jetzt in großartiger Weise vom Verband Landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine angestrebt. Die letzte in Dresden abgehaltene Vertreterinnenversammlung des Verbandes beschäftigte sich in eingehender Weise mit den für die Hebung der sächsischen Geflügelzucht zu ergreifenden Maßnahmen. Der Geflügel-ausschuß fasste folgende Beschlüsse:

1. Die für die Hebung unserer Geflügelzucht unbedingt notwendige Einrichtung zahlreicher Zuchtstationen ist ohne Abwendung des Geflügels auf die Dauer nicht durchführbar. Der Verband wird bemüht sein, in den einzelnen Landes-teilen Sachverständige hierfür zu gewinnen und das Ergebnis dieser Verhandlungen später bekanntzugeben. Da es jedoch zweifelhaft erscheint, ob derartige Vereinbarungen für diesen Winter noch rechtzeitig zum Abschluss kommen, werden alle Landfrauen, welche sich mit der Einrichtung von Zuchtstationen befassen wollen, zunächst gebeten, bei der erstmaligen Auswahl ihrer Zuchtstämme erprobte Geflügelzüchter ihrer Gegend zur Beratung hinzuzuziehen, damit möglichst bald der Grund für die Schaffung geeigneter Zuchtstationen gelegt werden kann.

2. Um den Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen den Bezug und die Abgabe von Brutieren, Eintagsküken, Zuchtgefäße und dergleichen zu erleichtern und einen regen Austausch herbeizuführen, ist im Einvernehmen mit dem Landes-kulturrat beschlossen worden, in der Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift entsprechende Anzeigen unter der Bezeichnung „Verkaufstafel für Zuchtgefäße“ regelmäßig zu veröffentlichen.

3. Auf eine Anfrage des Verbandes hat sich die Firma Haase & Co. in Großsteinberg für die bevorstehende Brutzeit wieder bereit erklärt, den Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen bei Belegung der Apparate den Raum für etwa 8000 Stück Eier freizuhalten, vorausgesetzt, daß die Anmeldungen rechtzeitig erfolgen. Es ist dabei anzugeben, für welche der verschiedenen Brutperioden die Aufnahmen der Eier gewünscht wird. Die Preise für die Voghnbrut werden in diesem Winter folgendermaßen berechnet: ein Hühnerel 1,50 Mark, ein Enteneel 2,40 Mk., ein Puteneel 2,40 Mk., ein Gänseel 4 Mk. Auf diese Preise soll Mitglieder der Landwirtschaftlichen Frauenvereine eine Vergütung von 10% Rabatt gewährt werden.

In der Aussprache über die in diesem Winter gemachten Erfahrungen wurde zunächst festgestellt, daß man im allgemeinen mit dem Ergebnis der Voghnbrüterei in Großsteinberg sehr zufrieden war. Als vorteilhaft hat es sich erwiesen, den Postversand zu vermeiden und die Brutierer persönlich hinzubringen zu lassen. Die Einrichtung ähnlicher Voghnbrüterei in anderen Gegenden Sachsens ist anzustreben. Zunächst hat sich Frau Döhning, Obst- und Geflügelzüchterin Sellaue bei Dresden, bereit erklärt, von den in Ostschlesien liegenden Vereinen Brutierer in beschränkter Anzahl aufzunehmen. Auch Frau Stadtrat Urban in Colditz wird ihre Brutapparate wieder im Gang setzen und auf Wunsch Eintagsküken abgeben. Außerdem beabsichtigt Frau von Arnim in Arnsdorf eine ehemalige Fasanerie zur Aufzucht von etwa 2000 Küken einzurichten zu lassen.

Kirchen-Nachrichten.

Epiphantienfest — Donnerstag, den 6. Januar 1921. Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Rinderbewehrung. Schmiedeberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Die Auflösung der Sicherheitspolizei.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Das Auswärtige Amt hat dem Vorliegenden der Interalliierten Uebervachungskommission für das Landheer eine Antwort auf die bekannte Polizeinote zugehen lassen. In der Ententeinote war Beschwerde darüber geführt, daß der Kontrollkommission bisher nicht die Verfügungen aller deutschen Länder über die Auflösung der Sicherheitspolizei zugegangen seien. Das Auswärtige Amt bemerkt dazu, daß der Kontrollkommission seit längerer Zeit alle Verfügungen zugegangen seien, mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin und Bremen. Doch sei auch in diesen Ländern die Sicherheitspolizei seit August aufgelöst worden. Diejenigen deutschen Länder aber, über die bisher keine Mitteilungen ergangen wären, hätten bisher eine Sicherheitspolizei noch nicht gehabt.

Das Auswärtige Amt kennt sich weiter darauf, daß der Plan, nach dem die gegenwärtige Ordnungspolizei gegründet ist, in gemeinsamer Beratung mit den Vertretern der Kontrollkommission aufgestellt worden sei. Es seien sogar mündliche Erklärungen gegeben worden und dabei sei eine vollständige Einigung erzielt worden. Auch der für Bayern aufgestellte Entwurf sei zur Kenntnis eines Vertreters der Kommission gebracht worden und von diesem auch gebilligt worden.

Die jetzt uniformierte und bewaffnete Ordnungspolizei sei rein bürgerlich organisiert und unterstehe ausschließlich dem örtlichen Polizeibehörden, d. h. einem zivilen Verwaltungsamt. Alle Stäbe, die den Befehl über die Polizeikräfte mehrerer Orte führten, seien aufgelöst, Geschäfts, Wachen, Plattenverleiher nicht mehr vorhanden. Auch die Maschinenwache, mit Ausnahme der für die Panzerwagen zugelassenen, seien trotz schwerer Bedenken im wesentlichen abgeliefert.

Die jetzt uniformierte und bewaffnete Polizei sei nichts anderes als die in der zugelassenen Weise verstärkte Polizei des Jahres 1913, bei deren Organisation nur insoweit Veränderungen eingetreten seien, als die von den Alliierten Regierungen zugestandene Vermehrung und Bewaffnung mit sich brachte. Die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei in unzulässiger Weise verstärkt worden sei, sei gleichfalls unbegründet.

Die deutsche Regierung erklärt zum Schluß, daß sie sich bei der Neuordnung des Polizeiwesens auf das Vorhandensein an die Bestimmungen des Friedensvertrages gehalten habe. Sie müsse den Vorwurf der Vertragsverletzung in der bestimmtesten Form als unbedeutend zurückweisen.

Die „Verstöcke“ gegen Spa.

Der Notenwechsel über die Entwaffnung.

Am 31. Dezember v. J., kurz vor Ablauf des im Protokoll von Spa für die Durchführung der Entwaffnung festgesetzten Fristen, hat die französische Regierung dem deutschen Vorkämpfer in Paris und dem Berliner Auswärtigen Amt eine Beschwerdenote überreicht, die acht Punkte aufzählt, in denen Deutschland angeblich den Verpflichtungen des Friedensvertrages und des Abkommens von Spa nicht entsprochen haben soll. Die Note, deren Wortlaut zugleich mit der Antwort der deutschen Regierung jetzt amtlich veröffentlicht wird, handelt von mehr oder minder wichtigen Dingen.

Zunächst wird in der französischen Note Beschwerde darüber geführt, daß der Kontrollkommission nur ein geringer Teil der von der Zivilbevölkerung abgelieferten Waffen übergeben worden ist. Hierzu bemerkt die deutsche Antwort, daß der Kommission Mitteilung von den angekauften, beschlagnahmten, freiwillig abgelieferten und angemeldeten Waffen- und Munitionsgegenständen gemacht sei und von dieser der Reichstreuehandgesellschaft zur Verschrottung zugeführt worden seien. Der verschwindend geringe Rest von 500 Gewehren komme in diesen Tagen zur Uebergabe.

Die französische Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgeschütz nicht völlig abgeliefert sei, wird abgelehnt. Bisher sind

50 000 Gewehre, 20 000 Minenwerfer, 60 000 Maschinengewehre und 5 Millionen Gewehre abgeliefert.

Die Regierung muß auf die Erhaltung gewisser Bestände Wert legen. Die Frage des Artilleriematerials ist Gegenstand von Verhandlungen. Der von der Kontrollkommission geforderten Auslieferung von Geschütz, das nicht als Kriegsgeschütz gelten kann, z. B. Festungsgewehre, Exerzier- und Plazpatronen, kann nicht entsprochen werden.

Zu dem Einwand, daß der Reichskommissar für die Entwaffnung der Kontrollkommission noch nicht offiziell den Zeitpunkt für die Abgabe der

Waffen der Einwohnerwehre
mitgeteilt habe, wird erwidert, daß die Selbstschutzorganisationen die angemeldeten Waffen zum größten Teile bereits abgeliefert haben und daß die Ablieferung Ende Januar beendet sein wird. Bezüglich Ostpreußen und Bayerns sei nicht, wie in der französischen Note gerügt wird, gefordert worden, sondern nur hervorgehoben, daß die Entwaffnung in Ostpreußen und Bayern nicht mit der gleichen Schnelligkeit vor sich gehen könnte wie in den übrigen Teilen Deutschlands. Entgegen der Auffassung der Alliierten wird betont, daß die noch bestehenden Selbstschutzorganisationen in Ostpreußen und Bayern keineswegs in Widerspruch mit dem Artikel 177 des Friedensvertrages stehen. Solche Organisationen werden aber im eigenen Interesse des Staates aufgestellt, sobald die Umstände es erlauben.

Die französische Regierung beschwert sich ferner darüber, daß die Entwaffnung und Auflösung der Sicherheitspolizei noch nicht stattgefunden hat. Hierzu wird deutscherseits nochmals ausdrücklich festgestellt, daß die Sicherheitspolizei tatsächlich nicht mehr besteht und daß in der Entwaffnung der Polizeikräfte im wesentlichen den Anforderungen der Kontrollkommission bereits entsprochen ist.

Gegenüber dem Vorwurf, daß die deutsche Gesetzgebung völlig unzulänglich mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages in Einklang gebracht worden sei, verweist die deutsche Regierung auf die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und auf das neue Reichswehrgesetz, das demnach verabschiedet werden soll und in dem allen Bedenken Rechnung getragen wird.

Der von den Franzosen gegen die Abwicklungsstellen des alten Heeres erhobene Einwand, daß sie dem Friedensvertrag zuwiderlaufen, wird als unbegründet bezeichnet. Bei diesen Behörden handelt es sich um zivile Organisationen, die mit der Reichswehr in keiner Verbindung stehen.

Ein Widerstand gegen die Auslieferung und Zerstörung des Luftfahrzeuggeräts wird keineswegs geleistet. Die Reichsregierung bietet alle Mittel an, etwa verstecktes Material ausfindig zu machen.

Das Mögliche ist geschehen.

Die deutsche Note schließt mit dem Hinweis darauf, wieviel tatsächlich seit der Unterzeichnung des Protokolls von Spa praktisch doch geleistet worden sei. Die deutsche Regierung glaubt sagen zu können, daß niemand damals solche Leistungen zur Erfüllung der gestellten Forderungen für möglich gehalten hat. Sie wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Die buchstäbliche Erfüllung hat sich als unmöglich erwiesen. Das Mögliche ist geschehen. Wenn die französische Regierung in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Befugnisse von Spa nicht strikt erfüllt worden seien, so erinnert die Deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten vielmehr gefordert werden soll, ob sie loyal den Bestimmungen nachkommen. Die Deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.

Deutschlands Vertragstreue.

Wie die englische Regierung darüber urteilt.

Im Gegensatz zu der französischen Schwelmernote über die angeblichen Verstöße Deutschlands gegen die Abmachungen von Spa stellt die englische Regierung in einer Reitermeldung ausdrücklich fest, daß nach Ansicht Englands die deutschen Behörden sich seit der Konferenz von Spa ernsthaft um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen bemühen.

Die Heraushebung der regulären deutschen Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte vollzogen sein müssen, habe sich auch im großen und ganzen vollzogen. Man werde vielleicht in einigen Wochen erfahren, daß in einigen Punkten diese Heraushebung nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit durchgeführt worden sei. Das seien aber Einzelfragen, welche

die große Linie der vollzogenen Tatsachen nicht berühre.

Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Ortschaften und anderer freiwilligen Organisationen, so fährt die Note fort, sind der einzige Gegenstand, über den eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungsverschiedenheit bezieht sich auf die Zeitpunkte, innerhalb deren die Verabschiedung dieser Organisationen durchgeführt werden soll. Die bedeutendsten Stützpunkte der freiwilligen Verbände sind Ostpreußen und Bayern, wo die Furcht vor dem Volkswutismus deren Unwesentlichkeit durchaus als berechtigt erscheinen läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabschiedung dieser Organisationen nicht vollkommen wäre. Nichtsdestoweniger glaubt man aber in England, daß die Stärke dieser Verbände größer sei, als es wirklich notwendig wäre.

Die für ihre Verabschiedung anzusehenden Termine müßten den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen bilden; das sei ein Grund, um die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten zu rechtfertigen. Die Befestigung des Ruhrgebietes soll nur im äußersten Notfall erfolgen, d. h. im Falle militärischer Operationen Deutschlands gegen Polen in Ostpreußen.

Die Engländer, so schließt Reuter, betrachten die Vorschriften des Artikels 172 des Friedensvertrages, der sich auf die Mitteilung der Fabrikations-Geheimnisse von Explosivstoffen und chemischen Produkte bezieht, als einen sehr wichtigen Punkt, dessen Vorschriften von Deutschland noch nicht in befriedigender Weise erfüllt wurden. Dennoch wäre es verfrüht, die deswegen erforderlichen Maßnahmen, falls solche in Aussicht genommen wären, jetzt schon zu erörtern.

Während die französische Regierung in ihrer Note kein Wort der Anerkennung für die bisherigen Leistungen der deutschen Regierung fand, vielmehr fortgesetzt die Anwendung von „Strafmahnahmen“ in Aussicht stellte, zeigt England ein erfreuliches Verständnis für Deutschlands Vertragstreue und anerkennt offen und ehrlich die Loyalität der deutschen Regierung. Man teilt demnach in London die Pariser Ansicht von angeblichen schweren Verstößen Deutschlands gegen den Friedensvertrag und gegen das Spa-Abkommen keineswegs und hat offenbar von der Absendung der französischen Drohnote keinerlei Kenntnis gehabt.

Trotz alledem wäre es verfehlt, aus der Mißbilligung der französischen Extratour einen tiefen Gegensatz zwischen England und Frankreich zu vermuten und daraus für uns günstige Schlüsse zu ziehen. Reuter selbst betont an einer anderen Stelle, daß die Engländer und Franzosen über die Notwendigkeit, das Abkommen von Spa zu vollziehen, in jedem Falle einig seien. Lediglich über die einzuschlagende Politik bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. So will man in London einer Befestigung des Ruhrgebietes nur im äußersten Notfall zustimmen. Uebrigens hat anscheinend auch die französische Regierung selbst den Einmarsch in das Ruhrgebiet diesmal nicht ernstlich in Erwägung gezogen. „Daily Telegraph“, der über die französische Politik gut unterrichtet ist, berichtet, daß Marshall auch eine Be-

festigung des Ruhrgebietes nicht beantragt hat. Anstatt einer militärischen Operation werde man andere, weniger strenge, aber ebenso wirksame Zwangsmittel bei der nächsten Zusammenkunft prüfen.

Biel wichtiger als die restlose Entwaffnung Deutschlands erscheint den Engländern die industrielle Ausplünderung des deutschen Wirtschaftslebens. Die englische Industrie soll auf diese Weise in die Lage gesetzt werden, den lästigen deutschen Konkurrenten auch in diesem Industriezweig vom Weltmarkt zu verdrängen. Man fordert nach außen hin die Vernichtung der deutschen Kriegsindustrie, in Wirklichkeit will man die Preisgabe sämtlicher Fabrikationsgeheimnisse unserer hoch entwickelten chemischen Industrie erzwingen. Der englische Herbedruck kommt eben bei allem „Entgegenkommen“ immer wieder zum Vorschein.

Die Beamtenbewegung.

Neue Verhandlungen über die Gehaltsforderungen.

Im Reichsfinanzministerium haben am Montag die neuen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten und Arbeiter des Reichs, insbesondere der Eisenbahner, begonnen.

Von beiden Seiten wurden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert und durch die gegenseitige offene Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiter wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reichs eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. Die Regierungsvertreter erklärten, daß die Regierung den Beamten weiter helfen wolle, doch müßten auch die Beamten auf die katastrophale Finanzlage des Reichs Rücksicht nehmen und die Forderungen auf ein erträgliches Maß zurückschrauben.

Die Vertreter der Eisenbahnerverbände stellten dann die Forderung, daß für alle Beamten Erhöhungen bewilligt werden. Diese sollten für die unterste Gehaltsklasse 90 v. H., für die oberste 55 v. H. der bisherigen Zuschläge bedeuten.

Man einigte sich schließlich dahin, daß am 5. Januar über die Forderungen der Eisenbahner im Reichsverkehrsministerium Sonderverhandlungen geführt würden. Zur weiteren Klärung der Angelegenheit werden sofort zwischen dem Reichsfinanzminister und den Regierungen der Einzelstaaten Besprechungen stattfinden, um zu den Gehaltsansprüchen der Beamten Stellung zu nehmen. Am Freitag wird dann mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes über die Wünsche der gesamten Beamenschaft weiterverhandelt werden.

Die Abstimmungen der Eisenbahner.

Zwischen werden die Ergebnisse der Abstimmungen der Eisenbahner bekannt. In Berlin haben sich nahezu 81 Prozent für den bedingten Streik ausgesprochen. In Breslau wurde die Annahme der stärksten gewerkschaftlichen Mittel zur Erreichung der gestellten Forderungen von 83 Prozent der Mitglieder verlangt. In Dresden haben sich 75 Prozent für einen etwaigen Ausstand erklärt. In Gotha und Hamburg haben mehr als drei Viertel für den Streik gestimmt.

Eine Mahnung zur Besonnenheit.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hübner, hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, der sich mit den Forderungen der Eisenbahnen in dem Maße beschäftigt und mit den etwaigen Folgen, die sich aus der Streikabstimmung ergeben könnten.

Der Oberpräsident wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen alle Versuche, die reine Lohnbewegung der Eisenbahnerorganisationen als eine politische Bewegung hinzustellen, wodurch nur harte Erregung hervorgerufen werde, die zu Unruhestörungen führen könnten. Sollte der Streik wirklich nicht noch zu umgehen sein, dann hätte er die Eisenbahner, zu zeigen, daß auch eine junge Organisation Ruhe und Ordnung halten, die Eisenbahnanlagen schützen und Diebe, Plünderer usw. von den Anlagen fernhalten könne. Die Bevölkerung der Provinz wird gebeten, im Falle des Streiks die Behörden dadurch zu unterstützen, daß die Bevölkerung von den Bahnanlagen fernbleibt, Ruhe und Ordnung nirgends gestört wird.

Zum Schluß heißt es: „Ich bin nicht gesonnen, auch nur eine Stunde Ungeheuerlichkeiten zu dulden. Ich würde es sehr bedauern, wenn unbefohlene Elemente mich in die Lage brächten, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.“

Eine Warnung der Eisenbahnerverbände.

Um die Sonderverhandlungen der Eisenbahner nicht zu gefährden, haben die Verbände ihre Mitglieder nochmals darauf aufmerksam gemacht, nur der Parole der vier vereinigten Verbände zu folgen. An die Eisenbahner des Direktionsbezirktes Essen, die von radikaler Seite für einen sofortigen Streik aufgehetzt werden, haben der Deutsche Eisenbahner-Verband, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahner-Verband einen gemeinsamen Aufruf erlassen, durch den sie ihre Mitglieder zu striktester gewerkschaftlicher Disziplin ermahnen und vor den bereits festgestellten Versuchen warnen, die Eisenbahnerbewegung zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. Januar 1921.

— Der Reichspräsident Ebert und der Reichsstaatssekretär haben dem Sohne des verstorbenen Herrn v. Bethmann Hollweg in warmen Telegrammen ihr Beileid ausgesprochen.

— In London wurde von dem deutschen Vorkämpfer ein gegenseitiger Vertrag über das Eigentum von Privatpersonen unterzeichnet.

— Die Finanzverwaltung hat am 30. Dezember die von ihr bisher bearbeiteten Steuererlässe des früheren Reichsfinanzministers Erzberger an die Staatsanwaltschaft gegeben, die nunmehr die gerichtliche Untersuchung in dieser Angelegenheit weiterführen wird.

Waldland in den deutschen Kohlenlieferungen.
Nach einer Meldung des „United Telegraph“ aus Essen ist für den Monat Dezember infolge der durch den niedrigen Rheinwasserstand bedingten Transportbehinderungen mit einem Rückgang in den Kohlenlieferungen auf Grund des Spa-Abkommens von etwa 250 000 Tonnen zu rechnen. Bis zum 1. Januar 1921 ergibt sich ein Gesamtzustand gegenüber dem Lieferungsplan auf diesem Abkommen von rund 350 000 Tonnen. — Bezüglich der Erneuerung des am 1. Februar ablaufenden Kohlenabkommens kündigt der „Daily Telegraph“ an, daß Frankreich eine Verringerung, Italien eine gewisse Erhöhung der Lieferungen vorschlagen wird. Alle Beteiligten dürften eine Herabsetzung der Preise und eine Verringerung der in Spa vereinbarten Ententezahlungen verlangen.

Waldlieferung der deutschen Flussschiffe. Nach einer amtlichen Mitteilung der Wiedergutmachungskommission hat Deutschland 29 453 Tonnen Flussschiffe auf Grund des Versailler Vertrages an die Ententestaaten abgeliefert. Nach dem Vertrage ist Deutschland verpflichtet, außer den Flussschiffen, die seit dem 1. August in sein oder seiner Reichsangehörigen Besitz gelangt sind, auch die Verluste der alliierten und assoziierten Mächte zu ersetzen, die sie aus irgend einem Grunde während des Krieges erlitten haben. Jedoch soll die Ablieferung auf Grund dieser Bestimmungen nicht mehr als 20 v. H. des Schiffsparks nach dem Bestande vom 1. November 1918 betragen. Nach einer Mitteilung der deutschen Kriegs-Lastenkommission überschritt dieser Bestand 6 Millionen Tonnen. Die Wiedergutmachungskommission hat nunmehr der deutschen Regierung die Gesamtsumme der Verluste mitgeteilt, für die Deutschland Ersatz zu leisten hat. Ebenso hat der von der Wiedergutmachungskommission eingesetzte Schiedsrichter die Bestimmungen für das Abtretungsverfahren mitgeteilt.

Keine frühere Einberufung des Reichstages. Dienstag vormittag trat der Vorkommensausschuß des Reichstages zusammen, um über den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf sofortige Einberufung des Reichstages zu verhandeln. Mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten wandten sich die Vertreter aller übrigen Parteien gegen diesen Antrag; sie hielten es für genügend, wenn der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentrete. Der Vorsitzende dieses Ausschusses soll um dessen Einberufung ersucht werden. Das Plenum wird erst am 19. Januar wieder zusammentreten.

Erklärung mit der Braunschweigischen Abdankungs-urkunde. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist dem braunschweigischen Staatsministerium bekanntgeworden, daß die Abdankungs-urkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. November 1918 dem herzoglichen Hause in Gmunden zum Kaufe angeboten worden ist. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Merges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde, ausgegangen sei.

Ubergangsgelder für Staatsminister. Alle Parteien der preussischen Landesversammlung mit Ausnahme der Unabhängigen haben der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge beantragt, den Staatsministern, die ihr Amt mindestens drei Monate beibehalten und die keine Pensionsansprüche haben, beim Ausscheiden aus dem Staatsdienst Ubergangsgelder in Höhe ihrer bisherigen Einkünfte zu zahlen, und zwar für längstens ein Jahr. Die Gelder sind gestaffelt nach der Dauer der Amtszeit. Dem Antrag haben alle Parteien vorbehaltlos zugestimmt, da das parlamentarische System eine solche Maßnahme erforderlich macht.

Die Streikabstimmung der Eisenbahner. Wie der „Nationalzeitung“ von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter mitgeteilt wird, liegen bisher die Ergebnisse der Urabstimmung nur aus einigen Bezirken vor. Die bisherige Fassung hat ergeben, daß 147 000 Stimmen abgegeben wurden, von denen 121 000 für den Streik waren. Dies bedeutet also, daß ungefähr 85 Prozent der bisher gezählten Stimmen für den Eintritt in den Streik abgegeben wurden. Unter den Bezirken, deren Abstimmungsergebnis bereits bekannt ist, befinden sich auch die wichtigsten Industriebezirke, besonders die des Rheinlandes, dort haben ungefähr 91 Prozent aller Eisenbahnbeamten sich für den Streik erklärt.

Eine Entwaffnungskritik für Deutschland? „Echo de Paris“ schreibt zu der Entwaffnung Deutschlands, daß sich in England und anderwärts die Meinung geltend mache, daß man der deutschen Regierung eine Frist bewilligen könne, um zur Auflösung der Sicherheitspolizei und der anderen militärischen Organisationen zu schreiten.

Zusammentritt des Obersten Rates. Nach einer Meldung des Holländisch-Nieuwsbureaus wird trotz der vielen sich widersprechenden Nachrichten der Oberste Rat vermutlich Anfang nächster Woche zusammentreten. Wo, ist noch unbekannt. Sämtliche Unterzeichner des Abkommens von Spa werden an den Beratungen teilnehmen. Der Bericht von Marshall Foch über die Entwaffnung Deutschlands wird dort besprochen werden. Die Konferenz wird erwägen, welche Beschlüsse gefaßt werden sollen. Bekanntlich wird in dem Abkommen von Spa die Befreiung des Ruhrgebietes vorgesehen.

Im „Echo de Paris“ wird mitgeteilt, daß die französische Regierung eine Note an die englische Regierung gesandt hat, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der deutschen und der orientalischen Frage in Vorschlag gebracht wird. Die Konferenz soll zwischen dem 7. und 12. Januar stattfinden. Aus London wird dazu gemeldet, daß man dort von der Möglichkeit spreche, daß diese Konferenz gegen Ende des Monats stattfinden werde.

Eine internationale Abrüstungskonferenz? Wie aus Washington gemeldet wird, beschäftigt Präsident Wilson wirklich, eine internationale Konferenz zur Besprechung der allgemeinen Abrüstung einzuberufen.

Rundschau im Auslande.

Die Vorkonferenz hat als letzten Termin für die Waffenabstimmung in Oesterreich den 20. Februar angesetzt.

Aus dem britischen Kriegsministerium sind dreitausend militärische Ehrenzeichen beschlagnahmt, aber deren Verleihung bereits bestimmt war.

Auf sämtlichen schwedischen überseeischen Frachtdampfern ist von den Maschinen der Ausstand erklärt worden. Sie verlangen einen jährlichen Lohn von 24 000 Kronen.

In Batum, dem bekannten Petroleumexporthafen am Schwarzen Meer, ist die Sowjetrepublik erklärt worden.

Frankreich: Die oberschlesischen Besatzungskosten.

Der gewaltige Unterschied zwischen der Besoldung der französischen Truppen in Frankreich und der nach Oberschlesien entsandten „Abstimmungstruppen“ hat in Frankreich große Unzufriedenheit hervorgerufen. Selbst in der Presse beschäftigt man sich jetzt mit dieser schreienden Ungerechtigkeit. Wie der „Matin“ mitteilt, erhält ein Militär-automobilist oder ein einfacher Sekretär oder eine Ordnungsdame in einem Kasino in Oberschlesien seine Wohnung in Dölar, und zwar monatlich 123 Dölar, was nach dem heutigen Kurs 70 Franken täglich ausmache. Ein Hauptmann der Division erhält ungefähr 70 000 Franken im Monat, also ein Gehalt, das höher sei, als das, was Marshall Foch bezog. Wenn irgend ein einfacher Soldat zu einem Dienst kommandiert werde, erhalte er in diesem Augenblick 103 Dölar, das mache 1700 Franken aus. Zwanzigmal habe man dem Kriegsminister diese Ungerechtigkeit angeführt und im Vergleich damit die schlechte Bezahlung der Soldaten. Ein Senator habe an die Interalliierte Kommission in Opatowitz geschrieben, habe darauf nur die Antwort erhalten, daß der Präsident der Kommission die Sache in Paris mitgeteilt habe. Vom Kriegsminister allein hänge die Entscheidung ab. — Eine Herabsetzung der Besatzungskosten würde vor allem auch in Oberschlesien angenehm empfunden werden, das nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Kosten der Besatzungstruppen und die Ausgaben des Ausschusses für seine Geschäftsführung sowie für die Verwaltung der Zone aus seinen örtlichen Einnahmen bestreiten muß.

Oesterreich: Bestimmung Oesterreich zugesprochen.

Der österreichischen Regierung ist eine Entscheidung der Vorkonferenz über die durch die Verträge von St. Germain und Trianon an Oesterreich fallenden westungarischen Gebiete übermittelt worden. Nach dieser Entscheidung werden nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Trianon die alliierten Hauptmächte Bestimmung übernehmen und es sodann durch die Vermittlung der Interalliierten Kommission in Cedenburg an Oesterreich übertragen.

Irland: Brandschadungen der britischen Militärbehörden.

Nach einer Mittheilung aus London haben die Militärbehörden in Cork infolge der letzten Angriffe auf Polizeibeamte und Soldaten beschlagnahmt und öffentlich mitgeteilt, daß verschiedene Häuser in der Gegend der Ueberfälle, die bei Midleton und Glee-House stattgefunden haben, mit ihren Möbeln verbrannt worden seien. Das ist am 1. Januar geschehen. Man hat den Bewohnern eine Stunde Zeit gelassen, um ihre Habe zu retten in Sicherheit zu bringen. Doch mußten die Möbel zurückgelassen werden. — Die Regierung in Dublin teilt mit, daß die Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Sinnfeinern gescheitert seien. In London verlautet, daß der Kriegszustand nun auf ganz Irland ausgedehnt werde, mit Ausnahme der Ulsterprovinzen. „Observer“ schreibt, daß die Verhandlungen trotzdem fortgesetzt werden.

Soziales.

Protest der Mietervereine. Gegen den Reichsgesetzentwurf über die Erhöhung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues nimmt der Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) in einem Rundschreiben Stellung, worin eine Protestaktion angeregt wird. Dem sozialen Gedanken, der Nichtbelastung der schwachen Schichten, sei in keiner Weise Rechnung getragen. Die Forderung nach gleichzeitiger Verabschiedung des Reichsmietengesetzes sei umgangen worden usw. Schließlich wird ein Abrücken von der Metsteuer und eine neue Erhöhung des Einkommens gefordert.

Aus Stadt und Land.

Raubmord in Aresfeld. Zwei Männer drangen in die Wohnung der 80-jährigen Witwe Kirches in Aresfeld ein und forderten einen Gelddbetrag von 4000 Mark von ihr. Als ihre Forderung abgeschlagen wurde, schossen sie auf die Frau und ihren anwesenden Sohn Hubert. Die Witwe war sofort tot, der Sohn ist schwer verletzt. Die Verbrecher sind entkommen. — In Altona wurde am Neujahrstag der Arbeiter Böhmke verhaftet, der von Berlin wegen Raubmordes gesucht wird. Böhmke hatte am 22. März in Berlin mit einem bereits verhafteten Arbeiter Fritz Wieding eine Frau ermordet und beraubt.

Auf der Nacht erschossen. In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember ist der Kommunist Paul Hoffmann in Flensburg von der Sicherheitspolizei erschossen worden. Hoffmann war aus seiner Wohnung heraus verhaftet und im Auto nach der Kaserne gebracht worden. Dort soll er nach Angabe des Führers der Sicherheitspolizei einem Wachmeister, der ihn in den Kasernehof transportieren sollte, einen Stoß vor die Brust gegeben haben, um entfliehen zu können. Daraufhin habe die Begleitmannschaft nach dreimaligem Hallrufen zwei Schüsse abgegeben.

Raubüberfall im Schnellzug. Kurz vor der Einfahrt des Nachtschnellzuges Basel-Frankfurt im Freiburger Bahnhof wurde ein Reisender zweiter Klasse von einem Verbrecher überfallen und durch Kammerschläge am Kopf schwer verletzt. Der Raub der Geldmappe und der Uhr mißlang aber. Der Täter ist beim Eintreffen des Zuges entkommen.

Betriebsstilllegung bei Thyssen. Nach einer Meldung aus Duisburg lagen am Montag in Garmbo r n sämtliche Betriebe der „August Thyssen-Hütte“ still, da die Belegschaft von 13 000 Mann sich am Streik beteiligte. In den einzelnen Bezirken sind nur die zur Berrichtung der Notstandarbeiten erforder-

lichen Arbeiter erschienen. Die Hochöfen mußten sämtlich abgedämpft werden. Die Bergarbeiter haben sich durch den Streik nicht beeinflussen lassen.

Für 4 Millionen Kronen Pelze gestohlen. In der Silbesternacht wurde vom Keller aus in das Warenlager einer Wiener Pelzfirma eingebrochen und Damenpelze im Werte von 4 Millionen Kronen gestohlen. Die Täter haben durch die Kanäle die ganze innere Stadt durchquert, um in das Warenlager der genannten Firma zu gelangen.

Er mordung eines Postkassiers in Straßburg im Elsaß. Vorige Woche ereignete sich innerhalb vier Wochen der dritte Raubmord. Der Oberpostkassier Spinhorn wurde gefesselt und erdrückt in der Münster-Postkassette aufgefunden. Zur Ausgabe der Rentenbeträge waren tags zuvor 240 000 Frs. dorthin gebracht worden, die aus dem erbrochenen Kassenschränk entwendet waren. Die Täter, die genau mit den örtlichen dienstlichen Verhältnissen vertraut gewesen sein müssen, sind bisher noch nicht ermittelt.

Ein neues folgenschweres Erdbeben in Albanien. Nach Nachrichten, die das amerikanische Rote Kreuz in Paris erhalten hat, wurde Albanien von einem neuen Erdbeben betroffen. Besonders die Stadt Elbasan hat schwer gelitten. Man zählt bisher vierzehn Tote und dreihundert Verwundete. Behntausend Personen sind ohne Unterkunft.

Mit 200 Passagieren gescheitert. An der spanischen Westküste hat sich eine schwere Schiffskatastrophe ereignet. Der Dampfer „Santa Isabel“ der Transatlantischen Gesellschaft in Barcelona ist auf der Höhe der Insel Salvora gescheitert. Von Villagarcia sind zahlreiche Fahrzeuge ausgelassen, um die Schiffbrüchigen zu retten. Bisher ist ein Fahrzeug mit vierzig Gezeichneten zurückgekehrt. Das Schiff kam von den Kanarischen Inseln und hatte zweihundert Passagiere an Bord.

Keine Nachrichten.

Die Elbischiffahrt wurde nach dreiwöchiger Unterbrechung in vollem Umfang wieder aufgenommen.

In der Kleophasgrube in Oberschlesien wurden drei Bergleute durch Kohlenmassen verdrückt.

In Lublin (Polen) drangen Banditen in den Kassenraum der Post ein und raubten anderthalb Millionen Mark.

Die amerikanische Stahlhütte „Birrie“ ist an der Küste bei Staats Graben in Sturua an den Klippen gescheitert und gesunken. Von der 23 Mann starken Besatzung wurden nur zwei Mann gerettet.

Im Tode Franz v. Desreggers. Es war keiner von denen, die ihre Kunst auf „mus“ enden, lange Haare und Künstlerkleiden tragen; er war der populäre Maler seines Volkes, seines Tiroler Volkes und urwüchsigler Realismus. Aber dem aber doch die sonnige Romantik seiner Heimat lag, belebte sein Schaffen. Wenn auch die Welt mit ehernen Schritten über ihn hinwegging, so hat doch diese Jahre der Deutsche das Tiroler Bauerntum nur durch die Augen Desreggers gesehen. Er war einer der besten Vertreter des Tiroler Volkstempfindens und auch des Tiroler Humors, den fast keines seiner Werke vermissen ließ. Der am Sonntag im hohen Alter von 85 Jahren hingestorbene Maler wurde am 30. April 1835 als Sohn eines wohlhabenden Bauern auf Oberhof bei Dölsach im Isertal geboren. Bereits als Knabe bewies er seine Begabung durch Bildnisähnlichkeit. Als er herangewachsen war, wurde Franz Desregger erst Knecht, dann Großknecht auf dem Hof des Vaters, den er als dreißigjährigen Jüngling ererbte. Zwei Jahre nur blieb er als Bauer auf dem väterlichen Erbe, dann ging er nach München, wo er fünf Jahre an der Kunstakademie studierte. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Frankreichs Hauptstadt, Paris, kehrte Desregger wieder nach der Heimat zurück, wo er jetzt auch gestorben ist. Mit ihm ist aus dem Kreise der Schaffenden eine starke künstlerische Persönlichkeit geschieden, deren Geist trotz aller modernen Richtungen und Strömungen in seinen Werken fortleben wird.

Poliales.

Die Rechnungen, die nach Neujahr ins Haus flattern — bildlich gesprochen, in Wirklichkeit werden sie in wohlverschlossenen Briefen gebracht — finden keine freundliche Aufnahme; die Behandlung, die man ihnen zuteil werden läßt, ist aber doch nicht überall die gleiche. Der gewissenhafte Schuldner prüft sie mit ernster Miene auf ihre Richtigkeit und befreit sich seiner Verpflichtung gerecht zu werden, der Säumige legt sie beiseite und denkt, du wirst die Sache gelegentlich ordnen, es drängt ja nicht, und der schlechte Schuldner, der nicht zahlen will, nimmt die Rechnung vielleicht erst gar nicht aus dem Umschlag heraus, sie hat für ihn kein Interesse. Man soll es so machen, wie der erste Schuldner, so gehört es sich. Der Lieferant, der Handwerker, braucht sein Geld, denn auch er hat Verpflichtungen, denen er nachkommen muß. Ist er nicht kapitalkräftig, kann er dadurch in Schwierigkeiten geraten, daß die Ausstände nicht ordnungsmäßig eingehen. Langfristiges Kreditieren ist ein Krebsgeschwür, man vergrößert ihn noch, indem man die Bezahlung der Rechnung hinausschiebt. Wer nicht pünktlich zahlen kann oder will, soll nichts auf Kredit nehmen und verdient nicht, daß ihm kredittiert wird. Auch den Arzt, der nach Neujahr die Halbjahrs- oder Jahresrechnung schickt, soll man baldigst befriedigen, er will von seinem Honorar leben, und der Hauswirt schenkt ihm weder die Miete noch der Schneider die Kleidung. Auf die nichtbeglichene Rechnung folgt nach einiger Zeit die zweite Rechnung oder die Mahnung, und bleibt auch sie wirkungslos, die schärfere Mahnung mit Klageandrohung. Wer es dazu kommen läßt, ohne sich in einer Zwangslage zu befinden, handelt sehr unrecht und töricht. Er schadet seinem Ansehen, belohnt Entgegenkommen und Vertrauen mit Undank und hat zu dem Schuldbetrage wohl noch Kosten zu zahlen, denn der Klageandrohung kann die Klage auf dem Fuße folgen. Zur Vermeidung von Weiterungen, die durch Beanstandungen entstehen können, sollte die Rechnung stets klar und richtig und, falls nötig, in spezifizierter Form ausgestellt sein.

Beilage zur Weisert- Zeitung

Nr. 4

Donnerstag den 6. Januar 1921

87. Jahrgang

Die Entrechtung der Reichsobererschlesier.

Deutscher Protest gegen getrennte Abstimmung.
Die deutsche Regierung hat, wie vorausgesehen war, gegen den Beschluß der Vorkonferenz, wonach die ortsansässigen und die auswärtigen Obererschlesier an zwei verschiedenen Zeitpunkten abstimmen sollen, in Paris Verwahrung eingelegt. Die eingehende Beantwortung der Note des Vorkonferenzrats wird bei einer baldigst stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts erfolgen.

Die Regierung ist sich bei dem Protest gegen das neue Diktat der Entente der Zustimmung des gesamten deutschen Volkes gewiß. Im Reiche wie im Abstimmungsgebiet selbst wird der Beschluß der Vorkonferenz als eine wesentliche Verschlechterung der Abstimmungsfrage bezeichnet, gegen die der schärfste Protest erhoben werden muß. Zweifellos werden die Polen durch eine zeitlich getrennte Abstimmung einseitig begünstigt. Eine Geheimhaltung des ersten Wahlergebnisses ist kaum möglich. Schon jetzt verläuft der polnische Staatspräsident Marschall Pilsudski ganz offen, daß der polnische Sieg sofort allgemein bekannt sein würde. Damit ist, wie in der „Ostdeutschen Morgenpost“ in Deutschland ausgeführt wird, die beabsichtigte Störung und Hemmung des freien Verlaufes der Abstimmung klar zum Ausdruck gebracht. Im Hinblick auf diese drohende Gefahr kann der deutsche Protest gegen die unzulässige Abänderung des Friedensvertrages nicht scharf genug erhoben werden.

Die Reichsregierung wird ohne jeden Zweifel keine Mittel unbenutzt lassen, um eine Revision des Vorkonferenzbeschlusses herbeizuführen. Wenn auch nach den bisherigen Erfahrungen wenig Aussicht auf Erfolg besteht, muß die Entente immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihre Entscheidung in kraftigen Gegensatz zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages und zu dem früheren Abstimmungsverfahren in Ost- und Westpreußen steht.

Der Einwand der Entente, daß bei einer gleichzeitigen Abstimmung aller Abstimmungsberechtigten die Ruhe und Ordnung nicht aufrecht erhalten werden könne, ist kaum zu rechtfertigen. Der Ententekommission stehen 20 000 Mann Militär und 5000 Polizeibeamte zur Verfügung, und wenn alle diese Organe ihre Pflicht tun, dann dürfte die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der Abstimmung niemals schwer fallen. Ja, bei einer gleichzeitigen Abstimmung aller Abstimmungsberechtigten, könnte eine Störung des Wahlaktes viel besser vermieden werden, als an einem zweiten Wahltage, wo die Polen sicher vor keinem Mittel zurückweichen werden, um die Abstimmung der zugewiesenen Obererschlesier zu sabotieren.

Wenn aber der deutsche Protest abermals ungehört verhallen sollte, und alle Kundgebungen und Einsprüche fruchtlos bleiben, dann werden die Obererschlesier mit um so größerem Eifer für die deutsche Sache eintreten und ihr den endgültigen Sieg sichern.

Die zunehmende Unsicherheit in Oberschlesien.

Der Berg- und Hüttenmännische Verein in Katowitz hat eine Eingabe an die Interalliierte Kommission in Opatow gerichtet, in der er die Folgen der täglich zunehmenden Unsicherheit auf das industrielle und wirtschaftliche Leben in Oberschlesien eingehend darlegt.

Die Führer sämtlicher obererschlesischer Arbeiterorganisationen aller Richtungen mit Einschluß der polnischen Organisationen erklären in einer Entschlüsselung, daß die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien derzeit schlecht und unhaltbar geworden sind, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Sie bevollmächtigen eine Abordnung von fünf Arbeitervertretern, mit dem Chef der Interalliierten Kommission baldmöglichst in dieser Frage in Verbindung zu treten und ernste Vorstellungen bei ihm zu erheben.

Polnische Steuergeschäfte.

Eine Warnung an die deutschen Rückwanderer.

Bei einem Finanzamt im Ruhrkohlenrevier ist festgestellt worden, daß Polen, die von Deutschland nach ihrer Heimat zurückkehren wollen, aber in Deutschland ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht genügt haben, sich auf folgende Weise unter Schädigung deutscher Rückwanderer aus Polen ihrer Steuerschuld zu entziehen suchen.

Sie kaufen von Deutschen, die aus Polen auswandern wollen, dort gelegenen Grundbesitz gegen Abtretung ihres in Deutschland gelegenen Grundvermögens, oder gegen Ueberlassung der bei deutschen Sparkassen befindlichen Sparguthaben. Dabei verheimlichen sie den aus Polen auswandernden Deutschen, daß die an diese abgetretenen, in Deutschland befindlichen Vermögenswerte ganz oder teilweise von der Steuerbehörde gepfändet sind. Diese Geschäfte werden ihnen dadurch erleichtert, daß die auswandernden Deutschen diese Gelegenheit gern ergreifen, in der Hoffnung, auf diese Art noch einen Teil ihres Vermögens zu retten und vor Beschlagnahme durch die polnische Behörde zu sichern. Erst bei ihrer Ankunft in Deutschland erfahren die zurückkehrenden Deutschen, daß die ihnen abgetretenen Vermögenswerte mit Forderungen der Steuerbehörde belastet sind. Derartige Fälle sind wiederholt in letzter Zeit durch die Befragung von zurückgekehrten deutschen Rückwanderern zur amtlichen Kenntnis gelangt. Wenn auch eine gewisse Abhilfe gegen ein derartiges Verfahren darin zu erblicken ist, daß

den aus Deutschland nach der Heimat zurückkehrenden Polen ein Paß nur erteilt wird, wenn eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt wird, so ist es doch wiederholt vorgekommen, daß Polen ohne Pässe die Grenze überschreiten konnten.

Es liegt daher Anlaß vor, die aus Polen nach Deutschland zurückkehrenden Deutschen auf diese Täuschungsversuche hinzuweisen und vor dem Abschluß solcher Kaufgeschäfte mit polnischen Auswanderern zu warnen.

Eupen und Malmédy erledigt.

Belgien hat eine Note erlassen, in der es die Uebergabe der beiden früheren preussischen Kreise Eupen und Malmédy für endgültig erklärt. Der Völkerbundsrat hat am 20. September die beiden Kreise Belgien endgültig zugesprochen, nachdem die „Abstimmung“ zungunsten Deutschlands ausgefallen sei.

Welcher Art diese Abstimmung war, geht aus einem Bülletin hervor, in welchem ein gewisser Sand seine Ergebnisse als belgischer Vorkämpfer schildert. Sand hatte sich der belgischen Regierung zur Verfügung gestellt, um die deutsche Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmédy zu Unvorsichtigkeiten zu veranlassen, gegen die dann die belgischen Behörden gerichtlich einschreiten könnten. In der unerhörtesten Weise haben die belgischen Behörden, an ihrer Spitze der die Befetzungsarmee im Nachener Bezirk kommandierende General, provokatorische Politik getrieben und die Deutschgesinnten schikaniert. Sie haben sogar deutsche Dokumente gefälscht und dazu den Dienststempel eines Groß-Berliner Polizeipräsidenten benutzt. Die Anklagechrift Sands ist an den Vorsitzenden der Völkerbundsversammlung, den früheren belgischen Außenminister Huysmans, gerichtet und fordert die Revision des über Eupen-Malmédy gefällten Völkerbundsbeschlusses. Das genannte Buch gibt einen unwiderleglichen Beweis von der zynischen Art, in der die Verbandsmächte und ihr Trabant, der Völkerbund, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Tat umsetzen.

Die Haute-volee

in Bolschewistien.

Trotz aller löblichen Phrasen von der allgemeinen Gleichheit, von der Abschaffung des Klassenstaates und der Einführung einer kommunistischen Lebensweise, zerfällt die russische Gesellschaft heute in kommunistischen Rußland ganz ebenso in verschiedene Klassen, von denen die einen durch die anderen unterdrückt werden, wie das seinerzeit im kapitalistischen Rußland der Fall war. Ja vielfach haben sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen noch vergrößert und zwischen dem an der Maschine stehenden Arbeiter und dem hinter dem Pfluge hergehenden Bauern und einem der schleimendsten obersten bolschewistischen Würdenträger besteht auch nicht das geringste gemeinsame Band. Ein russischer Journalist erzählt in dem Blatt „Kosmoj Kossja“ interessante Einzelheiten aus dem Leben und Treiben dieser kommunistischen Aristokraten, unter denen sich durch ihren Luxus besonders stark die Frauen hervortun. In den Moskauer Salons lassen Ködinnen, Straßenfegerinnen die geraubten Brillanten funkeln und spüren nichts von der sie umgebenden Not, die unergleichlich größer ist, als in den Zeiten des alten Regimes.

Zu den ersten Sternchen der neuen aus der dunkelsten Verbotswelt hervorgegangenen Sowjetaristokratie gehörte die einstige Ködigin Barbara Schtschulina. Sie bewohnte ein entzückendes kleines Palais der Romanows, in dem sie rauschende Feste veranstaltete, sich mit ausgesuchtem Luxus leistete, über ein Heer von diensthelfenden Geistes verfügte und eine Garage voll Luxusautomobilen hatte. Aber die Herrlichkeit der Kuznesse währte nicht lange, denn eines Tages wurde sie von der Kusine eines der bolschewistischen Päpste, Irene Kostowa, kurzerhand an die Luft gesetzt, die in einer Garmelinhöhle und perlenumhängt das kleine Palais und die Autos besser verwenden zu können glaubte und Zauberküste in Stille eines Veltogabal veranstaltete.

Das Parquet der kommunistischen Salons ist allem Anschein nach nicht weniger glatt, als das der verschwundenen Hofgesellschaft, und die seit ihrer Kinderzeit in Waffschuhen oder barfuß über die Regesteine der warmen Bourgeois-Küchen zu klappern gewohnten neuen Gesellschaftsdamen straucheln daher nicht selten und verschwinden wieder von der Bildfläche. Tiefem Schicksal ist auch die berühmte Madame Andrejew, die frühere Geliebte und spätere Ehefrau Maxim Gorkis nicht entgangen. Der von ihr zur Schau getragene Luxus in Toiletten und Schmuck erregte den Neid anderer Emporkömmlinge und sie mußte bald ihre Rolle als erste Dame der Gesellschaft an die hübsche zwanzigjährige, mit dem unnützen Ballast der Kenntnis des Lebens und Schreibens nicht belastete Olga Woodem abtreten, die gegenwärtig im Stroganoffpalais residiert und alle Kommissare und sonstigen Würdenträger zu ihren Füßen liegen sieht.

Bei Streit entsteht überhaupt um die Schlösser und Palais. So erzählt der Korrespondent der „Daily News“ in einer Broschüre über Rußland folgende kleine Episode: „Frau Nabel beklagte sich bei mir, daß die Sowjetregierung die Absicht hat, sie aus dem von ihr bewohnten Palais im Krem auszuquartieren, um dort ein historisches Museum einzurichten. Sie versicherte mir aber, daß das nur ein Vorwand sei. Der wahre Grund sei die Mißgunst von Frau Trojki, der der Gedanke unerträglich sei, daß eine andere Frau ein gleich gutes Quartier habe wie sie selbst.“

Und solche Beispiele aus dem Leben der Sowjetaristokratie ließen sich Hunderte anführen. Gerade das Leben innerhalb der bolschewistischen Führerkreise ist dazu angetan, die ganze Unmoral, auf die der Bolschewismus aufgebaut ist, zu erweisen und uns Deutsche, denen trotz aller Irrwege der Revolution das Pflichtbewußtsein und die Wertschätzung der Arbeit nicht verloren gegangen ist, gegen denselben gefeilt zu machen.

Der Segen des Bolschewismus.

Eine Meldung aus Moskau vom 16. Dezember spricht von einem Aufruf der Sowjet-Regierung, der auf die schwere Lage der Metallindustrie hinweist.

Nach diesem Aufruf arbeiteten im vorigen Jahre nicht ein einziger Hochofen; in diesem Jahre seien 5 Hochofen in Betrieb, die ungefähr 3 Millionen Pud Metall liefern, das heißt drei Prozent der Produktion vor dem Kriege.

Die Metallindustrie brauche ungefähr 20 000 Arbeiter. Etwas besser sei die Lage der Textilindustrie, die im vorigen Jahre in anbetraucht des Mangels an Baumwolle fast vollständig stilllag. Heute habe die rote Armee Turkestan befreit und Rußland habe ungefähr drei Millionen Pud Baumwolle zur Verfügung. Die Produktion müsse in allen Zweigen mindestens auf die Hälfte der Produktion vor dem Kriege erhöht werden.

Dieser Aufruf der Sowjet-Regierung spricht eine herede Sprache, da wohl kaum angenommen zu werden braucht, daß sie ihre Arbeit am Wiederaufbau selber diskreditieren wird.

Die Vernunft erwacht!

Die „Petersburger Prawda“ vom 30. 11. schreibt: Es finden die Wahlen für die Arbeiter- und Bauerninspektion (die oberste Kontrolle für alle Sowjetinstitutionen. D. Red.) statt. Bisher fanden die Wahlen im Wassilioskrowitz, u. Wyborger und Moskauer Rahon Petersburgs statt. Es wurden gewählt 77 Parteilose und 15 Kommunisten.

Also: Los vom Kommunismus ist bereits die Parole der Petersburger, der „allerrotesten“ Arbeiterchaft. Wenn man bedenkt, mit welchen Terrormitteln, nach welchem für die Bolschewisten selbst so günstig geschnittenen Wahlsystem diese Wahlen inszeniert werden, dann wird man das vernichtende Urteil, welches die Petersburger Arbeiterchaft über das kommunistische Schmachregiment gefällt, richtig einschätzen.

Die Parteilosen (hier: verkappte, terrorisierte Bolschewistengegner) haben eine mehr als fünffache Mehrheit erhalten!

Was dieses Wahlergebnis in Petersburg bedeutet, kann nur der beurteilen, der den Terror am eigenen Leibe erfahren hat, ihn wenigstens mit eigenen Augen mit angesehen hat, der vor allem in den russischen Großstädten gegen die angewandt wird, die anderer Meinung und Ansicht sind, als die derzeitigen Machthaber.

Aus Stadt und Land.

Der erste deutsche Passagierdampfer auf dem Wege nach Südamerika. Der Dampfer „Argentina“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft verließ Donnerstag abend als erster deutscher Passagierdampfer nach dem Kriege den Hamburger Hafen mit 750 deutschen Zwischenbedspassagieren an Bord, sein Ziel ist Buenos Aires.

Waffenraub in Pommern. Als Täter der in letzter Zeit in Pommern überhandnehmenden Mordtaten sind verschiedentlich russische Kriegsgefangene ermittelt und verhaftet worden. Auch die Mordtaten in Ragow, wo eine ganze Familie ermordet wurde, und in Köln bei Treptow an der Tollense, wo ein Bauernhofbesitzer ermordet wurde, haben ehemalige russische Kriegsgefangene ausgeführt. Der Stettiner Kriminalpolizei gelang es jetzt, fünf Russen, die an den Verbrechen beteiligt sind, zu ermitteln und zu verhaften. Bei einem Einbruch in die Kassenräume der Wert „Oderwerke A.-G.“ erbeuteten Diebe 300 000 Mark.

Bandenüberfall im Harz. Die Mühle Endor im Harz wurde durch sechs bewaffnete Räuber überfallen und, nachdem die Verbrecher den Besitzer und seine Familie mit Erschießen bedroht hatten, wurden in dreistündiger Arbeit alle Wertgegenstände, Bekleidungsstücke und Lebensmittel im Gesamtbetrag von 30 000 Mark gestohlen und fortgeschafft. Außerdem fielen den Tätern noch 5000 Mark Bargeld in die Hände.

Mit der Axt erschlagen. Ein furchtbares Drama hat sich im städtischen Armenhause in Gwinemünde zugetragen. Dort gerieten der Arbeiter Kronemann und der Fleischer Meinke in einen Streit, bei dem Kronemann zu einer scharfen Axt griff und seinen Gegner in geradezu bestialischer Weise tötete. Meinke wurde die Schädeldecke zertrümmert und die Schlagader durchgeschnitten. Der Tod trat sofort ein. Der Mörder Kronemann wurde verhaftet.

Mordmord in Münster. Am Neujahrstage ist in Münster i. W. der 60 Jahre alte Drechsler Offenborn in seiner Wohnung ermordet worden. Der Mörder schlang seinem Opfer eine Schnur um den Hals und schlug ihm dann mit einem Beil den Schädel ein. Danach beraubte er den Toten um 3000—4000 Mark, die in einem Briefumschlag im Bett verborgen waren, und entkam unerkannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Raubmord von dem gleichen Täter verübt worden ist, der vor wenigen Wochen eine alleinlebende

alte Frau in ihrem Laden überfallen, ermordet und beraubt hat.

Die Millionengewinne durch die Wumba. Die Affäre des Fabrikanten Heng, der jetzt zusammen mit mehreren früheren Angestellten des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes verhaftet worden ist, dürfte weitestgehend die Bekanntheit dem früheren Tischler und jetzigen Multimillionär Heng zur Last gelegt, daß er einen Beamten der Wumba durch Bestechung verleitet habe, ihm weit größere Aufträge zu erteilen, und daß bei der Berechnung der gelieferten Waren große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Der ehemalige Tischler hat mit seinen Riesengewinnen bei der Wumba Geschäfte gemacht, die ihm zu seinem enormen Vermögen — man spricht von 45 Millionen — verholfen haben. Auf Grund der weiteren Ermittlungen ist auf das Vermögen zweier Essener Fabrikanten und mehrerer früherer Angestellten der Wumba Beschlag gelegt worden. Gegen alle an der Affäre Heng beteiligten Personen soll schonungslos und ohne Ansehen der Person vorgegangen werden.

Ein Lehrer zum Ehren doktor ernannt. Die Universität Frankfurt a. M. hat den zuletzt am Kreuznacher Gymnasium tätig gewesenem seminaristisch gebildeten Lehrer Geisenhauer für seine Verdienste um die Naturwissenschaften und die Heimatforschung den Ehren doktor verliehen. Seine hervorragende Forschungstätigkeit ist in der Gelehrtenwelt anerkannt; so ist er Ehrenmitglied des botanischen und zoologischen Vereins für Rheinland und Westfalen, Ehrenmitglied des botanischen Vereins der Provinz Brandenburg und noch anderer wissenschaftlicher Vereinigungen. Sein wichtigstes Werk ist die Bestandaufnahme der rheinischen Pflanzen- und Tierwelt.

Medikamentenschieber verhaftet. Der Ermittlungsabteilung beim Reichsfinanzministerium ist es in den letzten Tagen gelungen, eine ganze Anzahl von Schiebern, Hehlern und Dieben zu verhaften, die gestohlenen Reichsgut an den Mann zu bringen versuchten. Besonders eine vierköpfige Bande, deren Spezialität der Verkauf von Morphium, Kokain und Chloroform war, konnte hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Es handelte sich größtenteils um Waren, die aus den ehemaligen Militär-sanitätsdepots stammten, die nach dem Waffenstillstand woggenweise verschoben und in Verstecken untergebracht wurden. Die Schieber gehen beim Verkauf der Heilmittel außerordentlich vorsichtig zu Werke, da sie fast niemals größere Posten verkaufen, sondern die Güter nur in kleineren Mengen abgeben.

Millionenhändler eines elbischen Fabrikanten. Aus Mülhausen i. Elsaß wird berichtet: Der Fabrikdirektor Henry Blatt von der Mülhauser Textil-großfirma Blatt u. Co. wurde wegen betrügerischen Geschäftsgebarens verhaftet. Vor kurzer Zeit erfolgte der Zusammenbruch der Firma mit einem Passivstand von 60 Millionen Francs.

Wiener Schenker. Die Blätter wenden sich gegen die Ausschreitungen, die in der Sylvesternacht in einer Reihe von Vergnügungs- und Tanzlokalen begangen wurden und erzählen, daß für eine Flasche Wein milderer Sorte 400 Kronen, für eine Flasche Champagner 1800 bis 3600 Kronen und für Fleischspeisen 200 bis 400 Kronen, für ein Stück Gebäck 50 Kronen verlangt und bezahlt wurden. Es gab Rechen von 40 000 Kronen. In einem Tanzlokal machte eine aus sechs Personen (Ausländer) bestehende Gesellschaft eine Beute von 200 000 Kronen. Das ist gleich 285 Tollar.

Neue Erdbebenkatastrophe in Argentinien. Landoner Blätter veröffentlichen eine Meldung aus Buenos Aires, wonach in Argentinien neue Erdbeben stattgefunden haben. 7000 Personen wurden getötet oder verwundet. Der Sachschaden ist bedeutend.

Kleine Nachrichten.

* Franz v. Defregger, der berühmte Maler des Tiroler Bergvolkes, ist am Sonntag nachmittag, 85 Jahre alt, in München gestorben.

* In Klitzendorf verschied unerwartet der Standesherr Fürst Friedrich Hermann Johann Georg v. Solms-Baruth, der frühere Oberstämmerer des Kaisers und Militär-inspektor der freiwilligen Krankenpflege bei der Armee im Felde.

* Wegen Aufreizung zu Gewalttaten und Landfriedensverletzung wurde in Wien ein aus Kärnten stammender Agitator Bour, der besonders unter den Landarbeitern kommunistische Propaganda trieb, verhaftet.

* Ein Radiumpräparat im Werte von einer Million Mark ist aus der Frauenklinik in Erlangen verschwinden.

* In Wien soll der Straßenbahnfahrpreis von drei auf fünf Kronen erhöht werden.

* Ihr Erscheinen angekündigt hat am 1. Januar die seit 229 Jahren bestehende „Gothaische Zeitung“, früher national-liberal; sie ist abgegangen in dem gothaischen Organ des Landesverbandes.

Lokales.

Äußerst und Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 30. November 1918. Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 30. 11. 1918 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Note bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgeführte Note ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50-Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptstelle in Berlin, aber auch nur bis zum 31. Juli 1921. Um jedem Verstum zu vermeiden, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 30. November 1918 handelt.

Edungsgelämpfung durch die Post. Es hat tatsächlich lange gedauert, bis man auf den eigentlich selbstverständlichen Weg einer immerhin etwas aus-sichtsreichen Bekämpfung des Schieber- und Schmugg-

lertums gekommen ist. Der so nahegelegende Gedanke, die Postämter in den Dienst dieser volkswirtschaftlichen Aufgabe zu stellen, ist endlich verwirklicht worden. Die Post hat sich auf Vorstellungen seitens des Reichsstatistikamtes und des Reichsfinanzamtes bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen und zu verfolgen über Orte, in denen geschmuggelte Waren zur Weiterbeförderung besonders zahlreich aufgegeben werden. Außerdem sollen die Postanstalten der Ueberwachung im Schalterraum ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Darunter wird natürlich der Schalterverkehr, der sich ohnehin heute schon schneiderartig genug abwickelt, leiden; doch wir nehmen auch diese Verlangsamung des Verkehrs in Kauf, wenn dadurch eine wirksame Erfassung des Schmuggels gesichert ist.

Die Kapitalabfindung an Kriegsschädigte. Zu den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes über die Kapitalabfindung hat der Reichsarbeitsminister eingehende Ausführungsbestimmungen erlassen. Die Abfindung kann nur Beschädigten sowie den Witwen Beschädigter und Gefallener, nicht auch an Stelle von Waisen- oder Elternrente gewährt werden. Der Antrag ist an keine Frist gebunden. Er ist bei dem Versorgungsamt oder der Fürsorgestelle des Wohnortes schriftlich oder mündlich zu stellen. Bei Aufnahme ist darauf hinzuweisen, daß es sich nicht empfiehlt, vor der Bewilligung verbindliche Verträge über die Verwendung der Abfindung abzuschließen. Die Prüfung der Richtigkeit obliegt der Hauptfürsorgestelle des Wohnortes.

Haupttreffer der Sparprämienanleihe. Bei der dritten Ziehung der Sparprämienanleihe, die Montag vormittag stattfand, wurden die folgenden großen Gewinne gezogen. Es entfielen in allen vier Reihen A, B, C und D: 4 Gewinne zu je 1 000 000 Mark auf Gruppe 2435 Nr. 127, 4 Gewinne zu je 300 000 Mark auf Gruppe 472 Nr. 145, 4 Gewinne zu je 200 000 Mark auf Gruppe 985 Nr. 136, 8 Gewinne zu je 150 000 Mark auf Gruppe 1983 Nr. 108 und Gruppe 2439 Nr. 208. (Ohne Gewähr.)

Die Feiertage sind vorüber, mit festlichem Mut gehen wir auch im neuen Jahre an die Arbeit, mit dem Wunsche, daß es segnet sein möge für uns und unsere Tätigkeit. Die Hausfrau hat nach der Weihnachtstier und der Jahreswende dem Alltag wieder ihr Recht gegeben. Es ist ausgeräumt. Die Besucher sind abgereist, die Kinder bereiten sich auf den Wiederbeginn der Schule vor. An der Gardine hängt noch ein Stückchen Gold- und Silberfaden vom Weihnachtstbaum, der selbst schon in den Holz- und Kohlenraum gewandert ist. Das Holz ist knapp, und die Wirtin's bis zum Frühling? Das Mähen um Feuerung ist noch nicht beendet, und noch an sonst manches ist zu denken.

Ä Inventur! Am Jahresanfang macht der Kaufmann Inventur, er nimmt sein Inventar auf und der Inhaber eines offenen Ladengeschäftes veranstaltet Inventur-Ausverkäufe; er will mit den alten Vorräten räumen, um neue unterbringen zu können. Nicht lange nach Neujahr richtet man sich ja schon auf die Frühjahrsaison ein. Die Inventuraufnahme ist nicht in das Verleben des Kaufmanns gestellt, sie ist ihm durch das Gesetz vorgeschrieben. Wie er beim Beginn seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seiner sonstigen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen hat, so hat er auch für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein solches Inventar und eine solche Bilanz aufzustellen. Das Geschäftsjahr braucht nicht mit dem Kalenderjahr zeitlich zusammenzufallen, seine Dauer darf aber gleichfalls zwölf Monate nicht überschreiten. Es ist jedoch üblich, es mit dem Kalenderjahr in Uebereinstimmung zu halten. Auch die Zeit für die Aufstellung des Inventars und der Bilanz begrenzt das Gesetz: sie soll dem ordnungsmäßigen Geschäftsgang entsprechen. Während die Bilanz immer jährlich aufzustellen ist, darf die Inventur in einem Ausnahmefall alle zwei Jahre gemacht werden, dann nämlich, wenn der Kaufmann ein Warenlager hat, bei dem nach der Beschaffenheit des Geschäfts die Aufnahme des Inventars nicht möglich in jedem Jahr geschehen kann. Wie die Bilanz, muß das Inventar von dem Kaufmann unterzeichnet werden. Beide sind Erfordernisse der kaufmännischen Ordnung und der kaufmännischen Reellität und ergeben sich aus der Verpflichtung eines jeden Kaufmanns, Bücher zu führen, die seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens klar ersichtlich machen. Was für die Handelsbücher gilt, daß sie zehn Jahre lang aufzubewahren sind, gilt auch für die Inventare.

Der Garten im Januar. Wenn der Winter mit Eis und Frost im Januar eingeleitet ist, wird nicht bloß der Hausgarten, sondern auch der Hausgärtner ruhen müssen. Es treten aber immer sonnige frostfreie Tage ein, an welchen noch gegraben oder rigolt werden kann. Da, wo man Gemüse eingewintert hat, ist öfters zu lästigen; auch sind die faulenden Blätter ständig zu entfernen. Man tut sehr gut, Sämereien zu kaufen. Auf die Gemüsebeete kann jetzt kurzer Mist oder Komposterde gebracht werden. Alle Topfpflanzen die wir kühl gestellt haben, sind zu beobachten und alle faulenden Stoffe zu entfernen, auch jegliche Moosbildung auf der Topferde. Begossen werden diese Topfpflanzen mäßig wenig. In Stroh eingebundene Herkarden werden bei anhaltend gelindem Wetter gelüftet. Der auf Koniferen etwa gefallene Schnee ist zu entfernen. Die auf Gläser oder in Töpfe eingesepte Blumenwiebeln treiben im Januar am besten aus. Man darf sie aber erst dann in das Fenster des Wohnzimmers setzen, wenn ihre Wurzeln sich in dem Gefäß, in welchem sie stehen, ganz ausgebreitet haben. Bei dem Rändigen Aufenthalt der Topfpflanzen im Zimmer ist auf feuchte Zimmerluft und Entfernung etwaiger Blatt- oder Blattläuse zu achten. Im Obstgarten kann man an milden Tagen Obstbäume ausputzen oder beschneiden. Wo es noch nicht geschehen ist, werden Stämme und Zweige der Obstbäume gereinigt, abgekratzt und gefalzt. Dem Kalkanstrich legt man etwas Jauche zu. Bei offenem Wetter sind die Baumstämme umzugraben und die Baumlöcher für die Frühjahrspflanzung auszuheben. Jetzt, vor Eintritt des Saates, ist es zweckmäßig, Edelreiser zu schneiden und an schattiger Stelle einzugraben.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Maritt.
(29. Fortsetzung.)

Der Minister suchte mit einer eleganten Bewegung die Achseln; seine nähere Umgebung würde damit gewußt haben, daß seiner Excellenz die Geduld ausgegangen sei — er blieb jedoch scheinbar gelassen.

„Ueberlege dir selbst einmal, mein Kind, was für eine Rolle du mit sechzehn Jahren am Hofe zu spielen haben würdest!“ versetzte er kalt. „Uebrigens muß ich dir gestehen, die Kühnheit überrascht mich einigermassen, mit der du dich neben die Großmama zu stellen wagst! — die brillante, hochgefeierte Gräfin von Wöldrern und du, meine Tochter!“ Er hob die Lider ein sehr ausdrucksvoller, wenn auch unheimlich lauernder Blick fuhr über das Mädchen Gesicht. „Was überhaupt für Hindernisse deiner Vorstellung bei Hofe entgegenstehen, kannst du selbst ja gar nicht ahnen!“ fügte er mit großem Nachdruck hinzu. „Die Aufklärung kann und wird für dich nicht ausbleiben, allein —“

Ein Diener trat ein und meldete, daß die Antwort seiner Excellenz im Fremdenflügel dringender nötig sei.

„Nun, da behüte dich Gott, Mädchen!“ wandte sich der Minister eifertig, aber mit völlig verändertem, zärtlich väterlichem Tone an Gisela. „Daß dir die Zeit in Greinsfeld nicht zu lang werde.“

Er hob den Hutrand der jungen Dame und wollte sie auf die Stirne lässeln, sie wich heftig zurück, und die braunen Augen sahen ihn finster und sprühend.

„Mädchen du!“ lächelte er und strich nichtsdestoweniger mit dem Fingerring lieblosend über die Wangen — die spitzen weißen Zähne blitzten raubtierartig zwischen den einwärts gekrümmten Lippen, und aus den Augen hervor zuckte es wie ein Wetterleuchten.

Er entfernte sich, und Gisela ging mit Frau von Herbed, um sich bei der schönen Stiefmutter zu verabschieden.

Die Baronin stand vor dem Ankleidespiegel und hielt Anprobe, jedenfalls ein blutsaures Gesicht, denn der Kammerfrau, die mit flinken Händen ordnete und arrangierte, standen die hellen Schweißtropfen auf der Stirne.

„Herzliebste Gisela, was sagst du nur dazu, daß wir so rücksichtslos sein müssen, dich nach Greinsfeld zu schicken?“ fragte sie lebhaft.

Gisela antwortete nicht. Sie blickte durch das Fenster hinunter in den Garten; aber ihr ganzes Gesicht flog jener zartrosigen Haut, der auch die weiße Rose verschämt ausgeben macht; das junge Mädchen sah zum erstenmal einen jener modernen Damenanzüge die den Zweck als Hülle völlig verlieren und fast nur noch den Eindruck eines eleganten Rahmens machen, aber ein reizvolles, aber schamloses Bild umschließt. Die schöne Stiefmutter mißverstand das Schmelzen und die Verlegenheit der jungen Dame vollständig.

„Du bist beleidigt, liebes Herz,“ sagte sie in dem dauerlichen Ton — ein Weimischen von Uerger Klang aber auch mit; „allein können wir denn anders? ... Wir werden ohnehin wie die Heringe zusammengepackt sein in diesem verdammt Rest, das so weitausläufig und großartig ausliegt und doch so wenig Platz und Komfort bietet!“

Inzwischen hatte die Kammerfrau verschiedene Etuis geöffnet und begann den Kranz im Haar ihres Gebieterin und die Bulette auf dem Kleid mit Diamanten buchstäblich zu bestreuen.

Welch eine Pracht stülte auf dem blauen Samtpolster der geöffneten kleinen Kästchen! Es war eine wahrhaft kolossale Menge der auserlesensten Brillanten, zu deren Anhäufung jedenfalls mehrere Generationen einer Familie und sabelhafte Geldsummen gehört hatten.

„Ah, Großmamas Brillanten!“ rief Gisela über- rascht, aber doch unbefangen beim Anblick der Steine und griff nach einem Armband.

„Liebes Kind, das magst mit das Herz Kopsen!“ sagte die Baronin mit nerods bebender Stimme und griff ohne weiteres nach dem Armband. „Du magst nun streiten wie du willst, deine Hände haben leider einmal eine trampfaste Unsicherheit — du bist inlande, das Armband fallen zu lassen und verdirbst mir den Schmuck!“

Gisela heftete die ruhigen braunen Augen erstaunt auf ihre Stiefmutter.

„Ei, liebe Mama,“ sagte sie lächelnd und legte die Linke wie verteidigend auf das Armband, „wenn Papa dir die Diamanten zur Anprobe anvertraut hat, so habe ich wohl auch ein wenig das Recht, sie einmal in die Hand zu nehmen! ... Uebrigens begreife ich nicht recht, was die Steine hier sollen. Wie oft habe ich Papa um das Medaillon gebeten, das Großmama an einem Samtband trug; es enthielt das Bild meines seligen Mama. Er hat es mir stets streng verweigert, weil nach Großmamas Testament der gesamte Schmuck unter Verhluß bleiben sollte, bis ich mündig sei.“

„Ganz recht, mein Schatz,“ entgegnete die Dame langsam, mit schwerer, höhnvoller Betonung — ein wahrhaft dämonischer Ausdruck lag auf dem Gesicht mit den lodern, dunklen Augen. „Diese Testamentsklausel hat Kraft für dich, nicht aber für mich — und deshalb, Kind, wirst du mir schon erlauben müssen, das Armband an seinen Ort zu legen, lediglich damit der letzte Wille der Gräfin Wöldrern nicht geschädigt werde.“

Die betroffene junge Dame ließ sich widerstandslos den Schmuck vom Arme nehmen; sie war ja so unerfahren, und ihre Rechte hinsichtlich des Mein und Dein hatten sie bisher sehr wenig interessiert. Sie hatte demzufolge augenblicklich keinen Maßstab für die Handlungsweise ihrer Stiefmutter; der beste Defensivheffer für Ihre Excellenz war aber die unbesiegbare Abneigung der Stiefmutter gegen die schweren, lästenden Steine, sie war froh, als sie ihre Haut nicht mehr berührten.

(Fortsetzung folgt.)

* Die Spionin Alice Bauer ist vom Volksgericht zu Augsburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

* Als erster englischer Kohlenampfer ist der „Engber“ im Ostseemünder Hafen mit einer Ladung Steinkohlen aus Schottland eingetroffen, welche für die Stettiner Hebewerke bestimmt ist.